



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Bundesverband der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.



Gemeinsame Presseinformation

Gemeinsame Initiative von 12 Organisationen setzt Aktionen gegen Gülleverschmutzung fort

Nitrateinträge durch Landwirtschaft weiterhin großes Problem

- **Verbände fordern Bundesregierung zum Handeln auf: Düngeverordnung muss jetzt angepasst werden**
- **Relaunch der Aktionswebsite: guelleverschmutzung-stoppen.de**

Berlin, 31. Januar 2019 - Vor dem Hintergrund weiterhin hoher Grundwasserbelastungen durch Nitrat in Folge von Überdüngung in vielen Regionen Deutschlands rufen Wasserverbände, Umweltorganisationen und die Gewerkschaft ver.di die Bundesregierung zum Handeln auf.

„Die Verurteilung Deutschlands durch den Europäischen Gerichtshof wegen Nichtumsetzung der EU-Nitratrichtlinie sollte ein Weckruf sein. Die Bundesregierung muss endlich die Düngeverordnung entsprechend der EU-Vorgaben verschärfen,“ fordern die Verbände. So reichten zum Beispiel die bisher vorgesehenen Regelungen für die besonders gefährdeten Gebiete nicht aus. Das eigentliche Ziel der aktuellen Düngeverordnung, nämlich die Nitrateinträge wirksam zu reduzieren, würde durch die vielen Ausnahmeregelungen konterkariert. „Wenn die jetzige Düngeverordnung in einigen Fällen sogar mehr Nitrateinträge zulässt als vor der Gesetzesnovelle 2017,

dann ist nach den Regeln der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht mit einer Trendumkehr bei den Nitratbelastungen zu rechnen“, so das Bündnis.

Gelingt es nicht, die Nitratbelastung durch Gülle und andere stickstoffhaltige Düngemittel merklich zu reduzieren, drohen durch die Wasseraufbereitung Kostensteigerungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Um bis zu 60 Prozent könnten die Trinkwasserpreise in besonders betroffenen Regionen nach Berechnungen des BDEW und des UBA steigen.

Auf der gemeinsamen Internetplattform www.quelleverschmutzung-stoppen.de informieren die Verbände über die Nitratproblematik und die damit verbundene Gülleverschmutzung.

Ansprechpartner für die Presse:

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)
Jan Ulland
Pressesprecher
Tel. 030 300 199 1160
presse@bdew.de